

Deutsche

Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkonditoren, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksbäckerei

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erkheint jedem Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnpenniger Zeile: 50 Pfg. für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Ein Gedenktag der deutschen Gewerkschaftsbewegung

(Am 17. November 1891)

Es war im letzten Viertel des Jahres 1890. Das Sozialistengesetz, das in Deutschland dazu dienen sollte, die freiheitliche Bewegung in der Arbeiterschaft zu erdrücken, war nach zwölfjähriger Dauer zu Grabe getragen. Das deutsche Proletariat war aus dem ungleichen Kampfe gegen Reaktion und Unterdrückung als Sieger hervorgegangen. Die Lehren der Sozialdemokratie hatten sich trotz Ausnahmegesetz in erfreulicher Weise ausbreitet, die geachtete Partei sich zur stärksten politischen Partei Deutschlands unmittelbar. Bismarck mußte gehen. Und gleich nach Fall des Ausnahmegesetzes trat die deutsche Sozialdemokratie zu einem Kongress in Halle a. d. S. zusammen, um das Land der gemeinsamen Organisation fester zu knüpfen.

Auch für die deutschen Gewerkschaften war mit dem Fall des Sozialistengesetzes ein neuer Abschnitt der Entwicklung herangereift. Sofort nach Inkrafttreten des Ausnahmegesetzes versammelten 17 gewerkschaftliche Verbände und lokale Fachvereine der Aufstellung. Aber immer wieder wies die Arbeiter auf, um trotz sozialistengesetzlicher Verhinderung, die nicht im geringsten auch vor der Gewerkschaftsbewegung Halt machte, die im Jahre 1884 einsetzende Aufwärtsentwicklung nach Kräften auszunutzen. Das gelang allerdings nur in vielfach ungenügender Weise; das Ausnahmegesetz lähmte auch hier die Entwicklungsmöglichkeiten; vielfach griffen die Arbeiter als Mittelbehelf zur Lösung alten Organisationsform, der die Durchschlagskraft und Wirksamkeit der zentralen Form abging. Nun aber war das Ausnahmegesetz gefallen und eine Neuorientierung auch der gewerkschaftlichen Gebiete zur unabwendbaren Pflicht geworden.

Schon am 16. November 1890 trat eine Gewerkschaftsversammlung in Berlin zusammen, dazu berufen, dem losen und unzulänglichen Zusammenhalt der deutschen Gewerkschaften eine festere Form zu geben. Am 17. November wurde die Einsetzung einer Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beschlossen; sie sollte als sichtbares Glied der deutschen Gewerkschaften gelten; als solchem werden ihre folgenden Aufgaben zugeteilt: Einen allgemeinen Gewerkschaftskongress einzuberufen und eine Vorlage der Organisation der deutschen Gewerkschaften auszuarbeiten; ferner allen Angriffen des Unternehmens und der Organisation der Arbeiter entgegenzutreten und solchen Angriffen die Einzelorganisationen zu unterstützen; des weiteren wurde der Generalkommission die Aufgabe zugewiesen, die Organisation der wirtschaftlichen nach gestellten Arbeiterschichten in die Hand zu nehmen und die gewerkschaftliche Agitation in den von der Gewerkschaftsorganisation noch nicht erfassten Landesteilen zu fördern.

Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften wurde damit eingesetzt und ihrer Tätigkeit ein ziemlich scharfes Programm beigegeben. Die Kommission, an der Spitze Genosse Carl Legien gestellt wurde, ging auch daran, dieses Programm in die Tat umzusetzen. Dazu wurde natürlich in erster Linie Geld, und deshalb erging am 1. Dezember 1890 an die Gewerkschaftsverbände ein Aufruf, worin um Zahlung von 1. J. pro Mitglied als Beitrag für die Generalkommission ersucht wurde. Man hatte die Anzahl der in Deutschland organisierten Arbeiter auf rund 600 000 und glaubte, mit dem auf diese Weise erhaltenen 6 000 die nächsten Ausgaben der Kommission erfüllen zu können. Anstatt der erwarteten 6 000 erreichte die Kommission aber nur 1208. Eine Statistik über die Zahl der Mitglieder im 1. J. ergab 3150 Gewerkschaften mit 718 718 Mitgliedern ferner in 718 Orten 73 167 auf Grund der Gewerkschaften, und organisierte Arbeiter. Man hat also um fast 50 p. h. überschritten.

Trotz der geringen Einnahmen wurden aber an die Kommission recht große Anforderungen gestellt. Sie sollte eine Anzahl Streiks unterstützen und mußte deshalb zu freiwilligen Sammlungen auffordern, die allerdings bis zum 1. März 1892 nur 166 500 einbrachten, aber zum großen Teil für die gedachten Zwecke zu spät einliefen. Eine ausgeschriebene Kassenkassensammlung blieb mit dem Ertrag gleichfalls hinter den Erwartungen zurück.

Wir sehen schon aus diesen kurzen Stichproben, daß die eingesehte Kommission mit einer Reihe Widerwärtigkeiten zu kämpfen hatte. Doch im Vertrauen an die gute Sache verlor sie den Mut nicht. Schon im Januar 1891 gab sie als geistiges Bindeglied der Gewerkschaften die erste Nummer des von ihr gegründeten „Korrespondenzblattes“ heraus; es wurde an die Vertrauensleute der Gewerkschaften und die Redaktionen der Arbeiterzeitungen gratis abgegeben. Ein von der Kommission im April 1891 veröffentlichter Organisationsplan führte zu reger Diskussion und war die Ursache zu einer Zusammenkunft der Leiter der Zentralorganisationen am 7. und 8. September zu Halberstadt. Die Mehrzahl der dort anwesenden Vertreter erklärte sich für den Vorschlag der Generalkommission und beschloß, daß durch sie geschaffene Band der deutschen Gewerkschaften zu festigen. Die unzureichende Einnahmequelle in Gestalt freiwilliger Sammlungen wurde beseitigt und dafür festgesetzt, daß vom 1. Oktober 1891 ab jede Gewerkschaft pro Kopf und Quartal 3 J. an die Generalkommission abzuführen hat. Der letzteren Notwendigkeit wurde einmütig anerkannt, ihr jedoch aufgegeben, nur noch solche Streiks zu unterstützen, bei denen die Erhaltung des Koalitionsrechtes in Frage kommt. Ferner wurde der Kommission die Führung einer Statistik über alle Ausstände zugewiesen; ihre Agitationstouren sollten vor allem schwachen Gewerkschaften zugute kommen.

Es kam dann im Jahre 1892 zum ersten deutschen Gewerkschaftskongress in Halberstadt, der vom 14. bis 18. März abgehalten wurde. Hier fehlte es nicht an Angriffen auf die Zweckmäßigkeit der Generalkommission. Die Unzufriedenheit der damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse drückte leider schwer auf die eben erst in der Entwicklung begriffenen Gewerkschaften, sie drückte auch vielfach den Debatten ihren Stempel auf. Sogar die Gründung des „Korrespondenzblattes“, das 28 Kosten pro Nummer verursachte, wurde beanstandet. Schließlich siegte aber doch die bessere Einsicht; die Zentralorganisation als maßgebende und zweckmäßigste Organisationsform wurde beschlossen und die Generalkommission als die Institution eingesetzt, die zwischen den einzelnen Zentralisationen die Verbindung in solchen Fällen herzustellen hat, bei denen alle gleichmäßig interessiert sind. Die Funktionen der Kommission wurden nach gründlicher Debatte genau umschrieben. Die Führung einer Streikstatistik, der Agitation unter den schon genannten Bestimmungen, das Weitererhalten des „Korrespondenzblattes“, die Forderung der Gewerkschaftskongresse, die Anbahnung internationaler Verbindungen. Jede Gewerkschaft hatte an die Kommission pro Mitglied und Quartal 5 J. abzuführen. Der dann im Mai 1896 zu Berlin abgehaltene zweite Gewerkschaftskongress erklärte sich mit überwältigender Mehrheit für die Beibehaltung der Generalkommission; ihr Bestand war gesichert.

Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften hatte bis zu ihrer endgültigen Anerkennung aber auch noch andere Schwierigkeiten zu überwinden. In vielen Kreisen der Sozialdemokratie brachte man ihr Ablehnung entgegen, witterte in der Kommission eine „Nebenregierung“, die dem Parteiverband von den Gewerkschaften entgegengestellt wurde; hinzu kam die Minderwertigkeit der Bedeutung der Gewerkschaften in manchen führenden Köpfen der Partei, selbst Babel gabte auf dem Kölner Parteitag 1893

anz, daß in Deutschland durch die Sozialgesetzgebung der Lebensnerv der Gewerkschaften durchschnitten sei und daß die sonstigen Erweiterungen der staatlichen Befugnisse auf dem Gebiete der Gewerbeordnung das Feld der gewerkschaftlichen Betätigung immer mehr einengten. Wenn das Kapital sich eine solche Macht erobert habe wie die Kräfte und Stimm; dann sei es mit der gewerkschaftlichen Bewegung aus; dann helfe nur noch die politische Bewegung. Babel hat sich mit manchen andern damals getäußt. Die deutschen Gewerkschaften nahmen nach Überwindung der Wirtschaftskrise und des Streites über die Organisationsform an Macht, Einfluß und Ansehen ganz gewaltig zu. Heute bilden sie einen der wichtigsten Faktoren im wirtschaftlichen Leben.

So besteht nun die Generalkommission als vornehmstes Bindeglied der deutschen Gewerkschaften 25 Jahre. Aus unsern kurzen Ausführungen ist zu ersehen, daß sie wie jede Neuerrichtung mit mancherlei Missetätigkeiten, Mißverständnissen und Widerständen zu kämpfen hatte. Doch heute hat sie sich durchgesetzt. Wer wollte wohl heute noch ihren Bestand, ihre Einrichtungen missen! Auf dem so notwendigen Gebiete der Statistik schafft sie Ersprießliches und Musterergütiges; ihr Leiter ist der internationale Gewerkschaftssekretär, die sozialpolitische Abteilung mit allen Nebeneinrichtungen funktioniert tadellos und aufbringend, das „Korrespondenzblatt“ mit seinen Redakteuren und Mitarbeitern hat sich zum führenden deutschen Gewerkschaftsorgan aufgeschwungen. Und die deutschen Gewerkschaften zählten vor dem Kriegsausbruch über 2 1/2 Millionen Mitglieder! Sachlich, der Tag der Gründung der Generalkommission wäre würdig, als Gedenktag ersten Ranges der Gewerkschaftsinternationale feierlich begangen zu werden, wenn nicht der Ernst der Zeit und die durch den Krieg hervorgerufene Zerfahrenheit der Völker dies verböten! Immerhin aber wollen wir dieses eigentlichen Gründungstages der deutschen Gewerkschaften mit Stolz und beschäuernder Freude gedenken. Und unsern Vorkämpfern auf dem großen gewerkschaftlichen Betätigungsbetriebe zu Ruhm und Frommen der arbeitenden Klassen für ihre aufopfernde Tätigkeit an dieser Stelle unsern aus tiefstem Herzen kommenden Dank!

Und dieser Dank in erster Linie unserm Carl Legien, der heute gleichfalls seinen Ehrentag hat, der nunmehr 25 Jahre lang ununterbrochen an der Spitze der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften steht. Was er diesen war und ist, wissen vor allem die zu schätzen, die in der Gewerkschaftsbewegung selbst tätig waren und sein Wirken auf dem großen Gebiete des Gewerkschaftswesens beobachten konnten. Er war der zielbewusste Steuermann der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der deren Schiff durch Klippen und Abgründe sicher zu leiten wußte bis zum heurigen achtunggebietenden Stand; ihn hat auch das große Vertrauen der internationalen Gewerkschaften zu ihrem Sekretär berufen; er wird es auch verdienen, nach dem Kriege die gelockerten Fäden des notwendigen festen internationalen Zusammenhalts wieder zusammenzuführen! Ihm und allen den Asten, die zur Entwicklung der Gewerkschaften so viel eingesetzt haben, unser aller Dank und lebhafteste Anerkennung!

Und nun der Zukunft entgegen! Dunkel liegt sie vor uns, umwölkt vom Pulverdampf der Geschütze und durchzuckt von grellen Kriegsbliken. Wir schließen mit dem Wunsch auf baldigen Völkerrfrieden; daß die Gewerkschaften wieder voll ihrer erspriesslichen Tätigkeit annehmen können, zugunsten des Fortschritts und der Kultur, zum Wohle der Gesamttheit! Das Entleben der Gewerkschaften, deren Entwicklung und Tätigkeit war Kampf, ein Kampf für den notwendigen Aufstieg der Arbeiterklasse zu höherer Natur. Dieser Kampf bleibt auch nach dem

werden reiten zu können, und alle diese Leute (von denen eine Anzahl eine Arbeitszeit von 8 1/2, oder 8 3/4 Stunden hatten) wieder 9 Stunden ausschließlich der Pausen arbeiten sollten. Das war es nebenher noch der Kernpunkt, den Dr. Müller verfolgte, daß ist der „soziale Fortschritt“, wie er sich in Dr. Müllers Kopfe malt.

Man hat in verschiedenen Städten nicht zu wenig Klänge damit gemacht, als man in den Genossenschaftsbetrieben die achtfünfstündige Arbeitszeit für die Bäcker einführt; durch das Verbot der Nachtarbeit ist die Arbeitsweise in allen Großbäckereien wesentlich vereinfacht; die Leistungen pro Mann und Schicht sind wesentlich gestiegen, wie das die Geschäftsbefehle der Genossenschaften und ihrer Bäckereibetriebe ausweisen; die Arbeitsweise ist natürlich dabei in den Betrieben wesentlich intensiver geworden, und trotzdem möchte man den Bäckern so gerne wieder eine längere Arbeitszeit übertragen. Weil man das aber nicht auf geradem Wege erreichen kann, deshalb reibt man um die Sache herum und behauptet, ohne Vorarbeiten ginge es nicht bei dauernder Beseitigung der Nachtarbeit, obgleich man aus den Großbetrieben niemand aus dem Kreise der Fachleute vorführen kann, der dieser Behauptung glauben beimessen könnte. Bei zwölf Stunden Nachtruhe ist es jetzt überall ganz gut ohne die Vorarbeiten gegangen; bei acht Stunden Nachtruhe soll es nach Dr. Müller nicht mehr gehen und — wir sollen das glauben, weil Dr. Müller es sagt!

Bei seiner Entwicklung von mehr Eifer als Geschick in dieser Sache, passiert dann Dr. Müller noch die unverzeihliche Leichtfertigkeit — aber sollen wir es anders nennen, dann könnte es nur absichtliche Fälschung heißen —, unsere Kollegen Allmann nach der Bielefelder „Volksmacht“ in der Berichterstattung vom 19. Oktober sagen zu lassen: „er sei mit den Meistern vollständig darin einig, daß es nur eine feste Arbeitszeit geben dürfe. Jede Vorarbeit müsse streng untersagt sein.“ Dagegen heißt es im Bericht wirklich: „Daß auch wir mit den Meistern vollständig darin einig sind, daß es nur eine festgesetzte Anfangszeit geben darf. Jede Vorarbeit müsse streng untersagt sein.“

Wenn man schon derartige Fälschungen feststellen muß, dann ist es kein Wunder, wenn diese Dr. Müller auch an anderen Stellen nachgewiesen werden muß. Der Obermeister der Bielefelder Bäckereinnung hatte in jener Versammlung bekanntgegeben, daß die organisierten Bäckermeister von Westfalen sich durch Beschluß dahin festgelegt hätten, in gleicher Weise, wie die Geseßtenforderungen lauten, für die Beseitigung der von der Regierung vorgeschlagenen Sonntagarbeit einzutreten, weiter eine Anfangszeit morgens um 6 Uhr für alle Betriebe zu fordern.

Aber irgendwelche Ausnahme von dieser Anfangszeit sollte nirgends gewährt werden. Das war dieselbe Stellungnahme, welche die Arbeiterorganisationen (mit Ausnahme des gelben Hundes, den wir noch nie als Arbeiterorganisation angesehen haben) zu dieser Frage von vornherein eingenommen haben. Darauf konnte Allmann gar keine andere Erklärung abgeben, als er es in seinem Schlußwort getan hat.

Das Verlangen nach Zulassung von einer bestimmten Zeit für Vorarbeiten in Großbetrieben würde sofort die Masse der Gemeinmeister veranlassen, nur auch ihrerseits für ihre Betriebe die Gestattung solcher Vorarbeiten zu verlangen, und damit wäre sofort das Nachtarbeitverbot durchgehert oder vollständig in Frage gestellt; es müßte doch auch Dr. Müller nun endlich einsehen. Das will er aber nicht einsehen, deshalb behauptet er auch jetzt noch, es käme in Frage, daß die „Gewerkschaftsorganisation der Bäckereien der Konsumgenossenschaften existenzunfähig machen“ wollte. Diese Behauptung stellt der Mann noch nach, nachdem jetzt über Dreivierteljahr die Großbetriebe sehr gut ohne Vorarbeiten auskommen sind, obgleich zwischen den einzelnen Arbeitsschichten jetzt zwölf Stunden Nachtruhe lagen und auch keine Vorarbeiten vor dem Arbeitsbeginn gestattet waren. Das sollte bei nur acht Stunden Nachtruhe in Zukunft weniger möglich sein!

Diese Behauptung kann kein Mensch dem Dr. Müller nachsagen, der nur einmüßig die Notwendigkeiten der Betriebsweise in den Bäckereien kennt. Uebrigens ist es nicht, daß Dr. Müller sich dazu versteigt, zu behaupten, diese Organisation wolle die konsumgenossenschaftlichen Bäckereibetriebe existenzunfähig machen, während alle Leitungsführer ausnahmslos behaupten, und seit Jahren behaupten, daß unsere Organisation nur die Geschäfte der Großbetriebe betreibe. Diese Vorwürfe der letzten Art haben wir uns deshalb gezeugt, weil wir die Überlegenheit der Großbetriebe in technischer Beziehung und in bezug auf Sauberkeit bei der Brotbereitung anerkannt haben, und ferner deshalb, weil die Mehrzahl ihrer Gewerkschaftsmitglieder natürlich auch Genossenschaftler sind und als solche für die Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion stets und ständig eintreten sind.

So leichtfertig wie die soeben gekennzeichneten Behauptungen des Dr. Müller sind auch seine Behauptungen von dem sogenannten Geheimzirkular, welches unsere Verhandlung an die Vertrauensmänner verfaßt habe. Dieses Zirkular ist von uns selbst in keiner Weise als geheim bezeichnet worden, und auch unsere Mitglieder waren nicht der Meinung, daß es als geheimes Zirkular zu betrachten sei; man auf die darin gegebenen Anweisungen sind unsere Mitglieder vielfach unter Vorzeigung des Zirkulars bei Verhandlungen mit den Vertrauensleuten der Konsumvereine zu sprechen gekommen. — Weil wir aber mit Recht vermuteten, daß Dr. Müller immer wieder mit diesem „Geheimzirkular“ spielen gehen wird, werden wir es hier veröffentlicht und in jedem objektiven Urteilenden selbst darüber befinden, was damit auf sich hat. Das Zirkular lautet:

Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen.
Hamburg, den 27. Januar 1915.
An die Vorstände der Zahlstellen und Vertrauensleute des Verbandes!
Wir legen den Vorständen der Zahlstellen noch einige Zirkulare mehr bei, um dieselben an die Arbeitereinnahmen

der Konsumbäckereien und größerer Brotfabriken auszufolgen! Ersuchen, daß die Uebersetzung an die betreffenden Kollegen bald geschieht!

Werte Kollegen! Unser Wille war, zu dem Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien möglichst wenig zu schreiben, jedoch werden wir so viel mit Anfragen aus den Zahlstellen und Genossenschafts- und andern Großbetrieben bestärkt, daß sich die Notwendigkeit herausstellt, daß wir sofort noch eingehend durch dieses Zirkular zu der ganzen Frage Stellung nehmen.

Vornweg sei das eine betont, daß, nachdem nun die Uebergangszeit von circa 14 Tagen seit Inkrafttreten des Verbots der Nachtarbeit verstrichen ist, unsere Voraussetzungen sich bestätigt finden, daß es mit der Arbeitslosigkeit unserer Kollegen infolge des Verbotes der Nachtarbeit nicht übermäßig schlimm werden konnte. Im Gebiete Hamburg-Mitona, wo man infolge der verhältnismäßig vielen sehr großen Betriebe auf die größte Arbeitslosigkeit rechnen konnte, sind seit dem 15. Januar 150 Kollegen arbeitslos geworden, durchweg infolge dieser Verordnung. Aber der vorausgegangene Ausgleich ist insofern zum Teil schon wieder eingetreten, daß 42 arbeitslose Kollegen schon wieder in ihren früheren Arbeitsstellen oder in Kleinbetrieben Arbeit gefunden haben. Von Berlin wird gemeldet, daß am 16. Januar 32 arbeitslos gewordene Kollegen gemeldet wurden, den nächsten Tag schon etwas weniger. Und aus den übrigen Städten des Landes sind bei uns nicht viel mehr arbeitslose Kollegen zur Unterstützung gemeldet als sonst in ruhigen Zeiten.

Sicher ist auch, daß nun nach der Uebergangszeit auch die Behörden eine strenge Kontrolle der Bäckereien durchführen, und daß dadurch mancher Arbeitgeber jetzt erst zur strengeren Durchführung der Verordnung gezwungen wird, wodurch noch fortwährend einige Kollegen arbeitslos werden. Aber demgegenüber werden auch fortwährend noch viele Kollegen zum Militär eingezogen, so daß auch hier ein Ausgleich stattfindet.

Dagegen ist in den Städten mit verhältnismäßig viel Großbetrieben unzweifelhaft ein großer Brotmangel eingetreten, der für die Bevölkerung sehr fühlbar wirkt. Wenn jedoch genügend Brotgetreide und Mehl anzuschaffen ist, wird auch dieser Brotmangel allmählich beseitigt werden. Wir haben ein Interesse daran, überall mitzuhelfen, daß nach Möglichkeit dieser Brotmangel behoben wird. Schon deshalb, um den Arbeitgebern, die gegen das Verbot der Nachtarbeit wettern, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Zunächst in den tarifreueren Großbetrieben und Brotfabriken müssen unsere Kollegen mit dahin zu wirken suchen, daß in erster Linie genügend großes Brot hergestellt wird, daß dagegen die Herstellung des kleinen Weißgebäcks in diesen Betrieben so eingeschränkt wird, um eben genügend großes Brot in den Läden herstellen zu können. Wir müssen auch den Arbeitgebern und Konsumverwaltungen zureden, jetzt auf eine Vereinfachung der verschiedenen Brotsorten und Brotgewichtsforten hinzuwirken.

In den Brotfabriken von Hamburg-Mitona hatte man bisher 15 bis 20 Brotsorten in den Brotfabriken, und der Preis des einzelnen Brotes variierte von 15, 20, 25, 30, um 5 J. steigend, bis zu M. I. Jetzt werden fast in jeder Brotfabrik nur noch drei Brotsorten und zwei Gewichtsforten zu 50 und 100 J. gebacken.

Ähnlich vollzieht sich die Wandlung in allen Nordwestdeutschen, rheinländischen und westfälischen Brotfabriken und Konsumbäckereien. — Bis zum Erlaß dieser Verordnung mußten wir Gegner solcher Verringerung der Brotsorten und Gewichtsforten sein, weil selbstverständlich die meisten Brotsorten auch mehr Arbeitskräfte erforderten. Jetzt ist die Verringerung der Sorten bedingt, weil dadurch erreicht wird, daß mit denselben Ofen und Maschinen in den zwölf Stunden zulässiger Arbeit am Tage ungefähr zwei Drittel des Wertes an Brot hergestellt werden kann als vorher bei 24 Stunden täglicher Arbeit der Betriebe. — Sicher ist auch, daß in der Folgezeit, wenn sich die Beseitigung der Nachtarbeit erst fest eingelebt hat, die Konkurrenz der Betriebe untereinander von selbst dafür sorgt, daß allmählich wieder größere Verschiedenheit in den Brot- und Gewichtsforten einzieht.

Auch mit einer Vereinfachung der Betriebsweise müssen jetzt überall Versuche unternommen werden. Einige große Konsumbäckereien und Brotfabriken sind uns bekannt, wo man seit Inkrafttreten der Verordnung unter ganz anderer Herrichtung abends um 7 Uhr schon den Teig für alle Ofenplatten zum andern Morgen fertig macht, dann morgens um 7 Uhr sofort mit der vollen Zahl an Leuten mit dem Abwiegen und Aufmachen des Brotes beginnt. In diesen Betrieben hat man sehr gute Erfahrungen mit der neuen Herstellungsweise gemacht.

Unsere Kollegen sollen auch vor allen Dingen den Geschäftsführern und Inhabern tarifreuer Großbetriebe klarmachen, daß sicher damit zu rechnen ist, daß die Beseitigung der Nachtarbeit in unserm Gewerbe auch nach dem Kriege bleiben muß, weil dann unsere Gewerkschaft mit aller Energie für die Erhaltung der Lohngerechtigkeit eintreten muß. Deshalb sollen diese Betriebe auf Vermehrung ihrer Backöfen bedacht sein!!! Weniger darf man sich damit besorgen, daß tarifreue Großbetriebe leerstehende Kleinbetriebe wären, weil man hinsichtlich der Ertragsfähigkeit dieser Kleinbetriebe nicht besonders gute Erfahrungen machen wird. Aber im Notfall werden und müssen auch diese Ausfallsmittel von den Großbetrieben zur Anwendung gebracht werden, um ihnen Zeit zu lassen, für ihre Großbetriebe mehr Ofen anzuschaffen.

Nun nach der Uebergangszeit müssen auch unsere Kollegen mehr und mehr dazu angepornt werden, in allen Betrieben darauf zu dringen, daß die Verordnung (Verbot der Nachtarbeit) überall korrekt durchgeführt wird. Nach der Verordnung ist lediglich die Frage der regulären Arbeitszeit des Morgens und das Betriebsereignis nach der regulären Arbeitszeit des Abends gemacht worden darf. Sicher ist auch, daß unsere Kollegen, wenn abends um 7 Uhr die Ofen voll Brot liegen, das Brot nicht verbrennen lassen, sondern es noch

ausbacken. Entstehen dadurch Ueberstunden über die tariflich festgesetzte Arbeitszeit, so sind sie mit dem tariflichen Stundenlohn zu bezahlen.

Schichtenteilung in Großbetrieben (achtstündigenbetriebe)

Trotzdem durch die Verordnung die bisherigen kontinuierlichen Betriebe nicht mehr kontinuierlich sind, und nach dem Tarifamtsbeschlusse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine dann in diesen Betrieben von der täglich achtstündigen auf die neunstündige Arbeitszeit übergegangen werden könnte, müssen sich unsere Kollegen ganz energisch gegen solche Verlängerung ihrer täglichen Arbeitszeit wehren. Eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit widerspricht den Erlassen der verschiedenen Korpskommandanten und auch dem Zirkular des Tarifamtes vom 18. Dezember. Nach wäre es unheimlich von den Vereinen und Brotfabriken, eine Verlängerung der Arbeitszeit in dem Augenblicke zu verlangen, wo es im Interesse der Betriebe liegt, daß die Arbeitsweise intensiver wird.

Also unsere Kollegen haben sich in allen Fällen, auch in den bisherigen achtstündigen Betrieben, gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit zu wenden. Wo irgend möglich, müssen unsere Kollegen in diesen Betrieben die Einteilung der Belegschaft in 3 Schichten fordern. Ein Beispiel: In einem Betriebe sind 6 Mann beschäftigt; diese werden eingeteilt in 3 Schichten à 2 Mann. Schicht a fängt morgens um 7 Uhr an und arbeitet bis nachmittags 3 Uhr; Schicht b fängt morgens um 7 Uhr mit an und arbeitet bis 11 Uhr vormittags, macht dann 4 Stunden Pause und kommt um 3 Uhr wieder und arbeitet bis abends 7 Uhr; Schicht c kommt um 11 Uhr zur Arbeit und arbeitet bis abends 7 Uhr. — Größere Betriebe können nach der Zahl ihrer beschäftigten Personen die Schichten entsprechend der Personenzahl vergrößern.

Die Trennung der Arbeitsschicht in zwei Teile wie bei Schicht b ist nach unserm Tarife nicht zulässig; aber wir müssen sie schon deshalb zugelassen, weil sie ja die angeordnete Arbeitszeit mit regulärer Mittagspause bedingt.

Selbstverständlich ist, daß auch unter dieser Bedingung wöchentlicher Wechsel der Schichten stattfinden muß. Oder die Arbeitszeit kann auch so einteilt werden, daß in einem Betriebe mit zehn beschäftigten drei Mann um 7 Uhr, zwei Mann um 8 oder 9 Uhr, zwei Mann um 9 oder 10 Uhr und der Rest um 11 Uhr beginnt und jeder seine acht Stunden hintereinander arbeitet. In diesen Fragen: Einteilung der Schichten, müssen unsere Kollegen der Verwaltung und dem Sachmeister möglichstes Entgegenkommen zeigen, um dadurch den Betrieb so leistungsfähig wie möglich zu gestalten.

Auf keinen Fall dürfen sich unsere Kollegen auf das Experiment einlassen: Einteilung der Mannschaft in zwei Schichten zu sechs Stunden bei entsprechender Lohnkürzung. Mit solch bedeutend verfürtem Lohne würden die Kollegen mit ihren Familien bei der jetzigen Teuerung nicht lange auskommen können; deshalb dürfen sie sich nicht auf derartiges einlassen. Werden wirklich bei anderer Einteilung ein paar der zuletzt eingestellten arbeitslos, dann kommt bald ein Ausgleich dadurch, daß ja fortwährend noch Kollegen zum Militär eingezogen werden.

Kleine Brotfabriken oder Konsumbäckereien mit neunstündiger Arbeitszeit

In diesen Betrieben können die Kollegen ihre Schichten ähnlich so, wie oben beschrieben, einteilen, oder so beginnen und enden innerhalb der zulässigen zwölf Stunden Lohngerechtigkeit, wie es der Betrieb erfordert. Sie sollten jedoch eine größere Mittagspause verlangen und daneben natürlich effektiv nicht länger als die tarifliche Arbeitszeit von neun Stunden haben (wirkliche Arbeitszeit außer den Pausen).

In allen Kleinbetrieben, für die nicht zehn Stunden Arbeitszeit oder weniger tariflich festgesetzt sind, müssen unsere Kollegen innerhalb der zur Arbeit freigegebenen Stunden von 7 bis 7 Uhr mindestens eine entzweihende Frühstückspause und mindestens eine volle Stunde Mittagspause fordern. Dadurch erreichen sie eine tägliche effektive Arbeitszeit von zehn Stunden!!
Löhne. Auf alle Fälle müssen unsere Tariflöhne in vollem Maße aufrechterhalten werden. Nach für die Kollegen, die welche der Lohn nicht tariflich festgelegt ist, ergibt sich die selbstverständliche Pflicht, alles daranzusetzen, daß sie ihren bisherigen Lohn weiterverdienen.

Schichtführerlöhne. So durch Verringerung der Schichten in Zukunft nur zwei Schichtführer oder zwei Ofenarbeiter oder zwei Teigmacher beschäftigt werden, können auf Grund des Wortlautes aller unserer Tarife nicht wie bisher drei Mann jede Woche diese Funktionszulage verlangen, sondern nur die zwei, welche tatsächlich diese mit Zuschlag vorgesehene Funktionen erfüllen. Arbeitet aber einer dieser Kollegen täglich nur drei oder vier Stunden auf diesem verantwortlichen Posten, so hat er seine volle Funktionszulage auch weiter zu fordern.

Wenn bisher drei Kollegen diese Funktionszulage erhalten, jetzt nur noch zwei, und sie wollen sich aus Solidarität mit dem dritten diese Zulage mit ihm teilen, so ist natürlich dagegen nichts einzuwenden. Daß alle Kollegen ihre geleisteten Ueberstunden nach wie vor im vollsten Maße bezahlt verlangen, ist selbstverständlich.

Sonntagsarbeit

Es ist ganz unbegreiflich, daß in vielen Städten die Behörden die Sonntagsarbeit wieder zugelassen haben; denn durch die Sonntagsarbeit wird der Zweck der ganzen Verordnung — weniger Backware auf dem Markt zu bringen — zum Teil wieder illusorisch gemacht. Wir müssen uns überall ganz energisch gegen die Gestattung jeder Sonntagsarbeit wenden, und unsere Vertreter sollen überall die Gewerkschaftsvertreter aufsuchen, und diese Beamten werden mit dafür eintreten, daß nun die gestattete Sonntagsarbeit wieder beseitigt wird. — Ist aber die Sonntagsarbeit genau so wie am Vorigentage erlaubt, dann müssen unsere Kollegen, die Sonntags arbeiten, dafür einen Ersatztag in der Woche fordern. In den Genossenschaftsbetrieben ist das überall tarifliche Bedingung. — Wo, wie vielfach

Sonntags nur fünf oder sechs Stunden Arbeit gestattet ist, sollen unsere Kollegen dafür einen freien Nachmittags in der Woche verlangen. Freilich ist das nicht, denn muß die Sonntags-geleistete Arbeit mit Ueberstundenlohn bezahlt werden! — Für diese etwa 10 Konditorenkollegen zu leistende Sonntagsarbeit sind aber tatsächlich nicht 10 Stg. Aufschlag, sondern nur 25 Stg. Aufschlag zu fordern; denn 50 Stg. steht der Tarif nur für Arbeiten „zur Vorbereitung des Backprozesses, die nicht im Zusammenhang mit einer Schicht steht“ vor.

Kontrolle der Betriebe. Ueberall sollten unsere Kollegen von den Behörden fordern, daß auch Bertramienste der Kollegen als Sachverständige mit zur Kontrolle der Fabriken zugezogen werden, wie es die Verordnung zutrifft.

Wehr und wehr werden wir auch mit Kontrollieren müssen, ob nun die Verordnung überall korrekt durchgeführt wird. Wenn Arbeitgeber formellhaft maler die Verordnung übertreten und auch auf unsere Anforderungen nicht davon ablassen, müssen wir sie zur Anzeige bringen. Die Bertramien läßt hienach darüber, ob neben dem jetzt schon bestehenden Arbeitgeber nicht auch die geschäftsbetreibenden Gesellen in die hohen Strafen genommen werden könnten!

Mit Gruß

Der Vorstandsvorsitzende.

O. Altmann, Vorsitzender.

Bei den Inhalt dieses Briefes müßte wohl, der wird mit uns sagen, daß wir recht wenig Neues haben, und des Inhaltes zu schämen; denn in demselben geben wir unsern Kollegen Ratsschlüsse und ermahnen sie dazu, wie sie mit dazu beitragen sollen, den vorübergehend herrschenden Brotmangel zu beheben, daneben die Zeitungsverhältnisse der Großbetriebe zu klären und fördern. Sie zum größtmöglichen Ausmaß kommen den Arbeitgebern gegenüber in dieser schweren Zeit auf. Dr. Müller hat es nun bei sich angehen, wo wir auf Grund der ganzen Verhältnisse demnach dazu raten, daß gegen die Betriebe zu wehren, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu kürzen.

Hier die Frage an die Führer der übrigen Gewerkschaften: Würde nicht nur ein Gewerkschaftsführer in solcher Situation andere Ratsschlüsse haben geben können, als wir es in dieser Frage getan haben? Und wie recht wir damit gehalten haben, geht die Tatsache, daß in den drei Vierteljahren des Jahres dieses Jahres nur drei Gewerkschaften in Deutschland öffentlich hervorgetreten sind, die Arbeitszeit verkürzen zu wollen. Die Mehrheit der Geschäftsführer der Konsumvereine war also mit uns einig, was Dr. Müller. Wir ermahnen und ermahnen Sie auch, daß die Führer und Mitglieder dieser Gewerkschaft alles gefähig haben, was ihre Kräfte erlauben, um die Verhältnisse der Betriebe zu verbessern und sie in die Lage zu versetzen, bei nur 12 Stunden Arbeit am Tag für 24 Stunden sich ebenfalls zu leisten zu können, wie das früher üblich war. Nur Dr. Müller will das nicht verstehen, oder er weiß nicht davon! Was er aber nun noch weiter von einem „gärtnerischen Fiskus“ unserer Verbandsleitung reden kann, was nun, was davon zu halten ist!

Der Vorstandsvorsitzende.

Die dringliche Organisation zur Stellungnahme der Konsumgenossenschaften in der Nachtbrotfrage.

Der dringliche Appell an die Mitglieder der Konsumgenossenschaften wegen der Nachtbrotfrage. In der Nachtbrotfrage sind wir in der Lage, die Stellungnahme der Konsumgenossenschaften zu klären und fördern. Sie zum größtmöglichen Ausmaß kommen den Arbeitgebern gegenüber in dieser schweren Zeit auf.

Die Konsumgenossenschaften sind die Träger der öffentlichen Versorgung der Städte mit Brot und Backwaren.

Der Kampf der Konsumgenossenschaften gegen die Nachtbrotfrage. In der Nachtbrotfrage sind wir in der Lage, die Stellungnahme der Konsumgenossenschaften zu klären und fördern. Sie zum größtmöglichen Ausmaß kommen den Arbeitgebern gegenüber in dieser schweren Zeit auf.

Die dringliche Organisation zur Stellungnahme der Konsumgenossenschaften in der Nachtbrotfrage. In der Nachtbrotfrage sind wir in der Lage, die Stellungnahme der Konsumgenossenschaften zu klären und fördern. Sie zum größtmöglichen Ausmaß kommen den Arbeitgebern gegenüber in dieser schweren Zeit auf.

Bei der ganzen Frage des Nachtbrotverbotes kann es sich nicht um einen reinen Konsumgenossenschaftlichen Punkt handeln, sondern es geht um die Interessen der Konsumenten. Die Frage muß entschieden behaftet werden. Sollte der Standpunkt des Herrn Dr. Müller maßgebend sein, dann müßte ja jeder Großbetrieb — gleich welcher Art — die Nachtbrotfrage ganzheitlich durchdenken, man von einer völligen Ausweitung der Betriebsmittel reden, mit anderen Worten: Jedes Gewerbe und die Nacharbeiter einfließen, um die Produktion möglichst rationell zu gestalten. Für eine derartige Regelung des Betriebs würde sich aber die Frage des notwendigen Geldes bedanken, und für den Fall, daß dann der Betriebsbesitzer zum Nachbrotverbot sich um einige Greichen verhalten würde. Der Bäcker hat gerade lange genug ohne Not eine Ausnahmebewilligung im gewerblichen Leben angenommen. Jetzt muß damit Schluss gemacht werden.

Herr Dr. Müller will und gibt es ja auch selbst zu, daß ein Nachtbrotverbot nicht nur einen Schaden einleitet, sondern auch einen Gewinn. Warum nun von ihm eine solche eigenartige Stellungnahme? Sollte er dazu von dem Zentralverband der Konsumvereine beauftragt sein? Wir können diese Frage nicht beantworten. Was sollte jedoch meinung, daß dieser Widerspruch auf einen fortwährenden Standpunkt hinaus und den Forderungen der Konsumentgenossenschaften entgegensteht. Unseres Wissens liegt der Nachtbrotverbot demnach Konsumvereine, mit dem wir in einigen kleineren Städten in Tarifverhältnissen stehen vor demselben auch mit demselben Schritt der Organisation der Verbraucher nicht im den Weg.

Deswegen noch bemerkt, daß Herr Dr. Müller in seinem Bericht über die Verhandlungen im Reichstagsgebäude es ist in der Tat richtig, daß der Verfall mit folgenden Worten zu bezeichnen: „Der gewerkschaftliche, örtliche, Berufsverband und der gewerkschaftliche, örtliche, Berufsverband der Konsumentenvereine sind die Träger der öffentlichen Versorgung der Städte mit Brot und Backwaren. In der Nachtbrotfrage sind wir in der Lage, die Stellungnahme der Konsumentgenossenschaften zu klären und fördern. Sie zum größtmöglichen Ausmaß kommen den Arbeitgebern gegenüber in dieser schweren Zeit auf.“ Solche Worte von einem Mann gesprochen, der den besten gesonnensten Standpunkt vertritt, nehmen sich nicht eigenartig an. Der Herr Dr. Müller hat bei der Verhandlung der Verbraucher in Berlin auf uns überhört. Die Gründe dafür, daß es sich in der Nachtbrotfrage um einen rein gewerblichen Punkt handelt, sind die folgenden: Die beiden gewerkschaftlichen Verbände sind ein gutes Beispiel dafür, daß Herr Dr. Müller auf die Dauer nicht für ein gewerbliches und wirtlich schaftliches Handeln der Konsumenten im den Gewerkschaftsorganisationen und Konsumenten nicht, sondern wir täglich bewußt.

Wie die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ die Wahrheit verdreht!

Es scheint mir, es muß es doch gesagt werden, daß die Organe der Konsumvereine, die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, in ihrer Darstellung der Nachtbrotfrage nicht die Wahrheit sagen, sondern sie verdrehen. In der Nachtbrotfrage sind wir in der Lage, die Stellungnahme der Konsumentgenossenschaften zu klären und fördern. Sie zum größtmöglichen Ausmaß kommen den Arbeitgebern gegenüber in dieser schweren Zeit auf.

Der Kampf der Konsumgenossenschaften gegen die Nachtbrotfrage. In der Nachtbrotfrage sind wir in der Lage, die Stellungnahme der Konsumentgenossenschaften zu klären und fördern. Sie zum größtmöglichen Ausmaß kommen den Arbeitgebern gegenüber in dieser schweren Zeit auf.

Die dringliche Organisation zur Stellungnahme der Konsumgenossenschaften in der Nachtbrotfrage. In der Nachtbrotfrage sind wir in der Lage, die Stellungnahme der Konsumentgenossenschaften zu klären und fördern. Sie zum größtmöglichen Ausmaß kommen den Arbeitgebern gegenüber in dieser schweren Zeit auf.

zu ihren Zwecken mitbrauchen usw., ist eine Verdrehung von Tatsachen, eine Fälschung, die nicht ohne Widerlegung bleiben darf, weil sie sonst von irgend jemand, der unser Organ nicht gelesen hat, geglaubt werden könnte. Wie steht die Sache? In Nr. 44 war zu lesen, daß „Die Gewerkschaft“ das Organ der Gewerkschaftskommission Österreichs (zu vergleichen mit dem „Correspondenzblatt der deutschen Generalkommission“), geschrieben habe: „Sofortlich wird die Mitgliedschaft dieser Gewerkschaft, die unheimlich auslassend herabsetzt, zu dieser eigenartigen Haltung ihrer Konsumgenossenschaftlichen Wortführer noch ihre Meinung sagen.“ Und hierzu hatten wir — die Redaktion — angefragt: Wir selber wollen noch nicht ganz die Hoffnung aufgeben, daß die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften es nicht erst zu Auseinandersetzungen in den einzelnen Generalkommissionen kommen läßt, sondern nun bald erklärt, ihren Widerspruch gegen das Nachtbrotverbot für Großbetriebe wegen der unausbleiblichen Folgen nicht mehr aufrechterhalten zu wollen.

Aus dieser unserer Hoffnung also, daß es zu solcher Auseinandersetzung, wie sie die „Gewerkschaft“ voraussetzt, zwischen den Mitglidern und den Verwaltungen nicht kommen werde, macht die „Rundschau“ mit einem Seitensartikeln eine terroristische Drohung, die wir sogar wiederholt haben sollen! Wam und wo hat unser Blatt die in den Konsumvereinen arbeitenden Führer aufgefordert, in dieser Frage die Generalkommissionen anrufen? Uebrigens hatte auch noch nicht einmal die „Gewerkschaft“ von Bäckern, sondern von Mitgliedern schlechtin gesprochen. Was sich die „Rundschau“ also hier geleistet hat, ist weit mehr, als einer anständigen Information erlaubt ist und dürfte von uns nicht durchgelassen werden.

Wir hatten die Hoffnung ausgesprochen, daß sich Gelegenheit finden werde, in einer nochmaligen Aussprache zwischen den Zentralvereinen die Meinungsverschiedenheiten beizulegen; wenn dies nicht beisteht, wird das Organ der Konsumvereine in derselben Stammsweise fortfahren will, so kann es heute schon versichert sein, daß offenbare Unwahrheiten und Verdrehungen wir ihm nicht laufen lassen!

Im Kampf der Genossenschaften gegen das Nachtbrotverbot.

Gegen das Nachtbrotverbot für Großbetriebe macht auch das „Württembergische Genossenschaftsblatt“ Stimmung. Es übernimmt den Bericht über die Berliner Konferenz aus der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und wenn es auch am Schluß davon absieht, die bekannnten Fälle abstrahieren, in denen die gewerkschaftlichen Organisationsmitglieder werden, die rüchmüßigen Vertreter des Konsumgenossenschaftlichen noch überlassen zu haben, so macht es dafür folgende Bild zurecht:

Die Vertreter der Arbeiterorganisation bekämpfen die Stellungnahme des Leiters der Konsumvereine ebenfalls, und dieser kommt in der Öffentlichkeit leider in der ungeschicktesten Weise mit den bekannnten Schlagworten „Rückständigkeit“, „Arbeiterverrat“ usw. fortgesetzt, obwohl noch vor wenigen Jahren die Leitung des Bäckerverbandes den haarergleichen Standpunkt einnahm wie der Vertreter der Konsumvereine.

Im Bericht, der Kampf in „unschöner Weise“ hat ja gerade damit begonnen, daß in dem Berichte der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ der Arbeiterorganisation Rückständigkeit vorangeworfen wurde, und deshalb ist die Darstellung des „Württembergischen Genossenschaftsblattes“ eine ganz und gar irrig. Obzwoh es unrichtig, daß nach vor wenigen Jahren die Leitung des Bäckerverbandes den haarergleichen Standpunkt einnahm wie der Vertreter der Konsumvereine. Wam und wo hat denn jemals die Organisation der Bäckerei sich gegen eine gesetzliche Festlegung eines Nachtbrotverbotes auch für die Großbetriebe erklärt? Um Antwort wird dringend gebeten! Diese Sache ist in letzter Zeit schon wiederholt von unserm Verbandsvorstand festgestellt worden und braucht hier nicht nochmals näher ausgeführt zu werden — wir wollen aber hier noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß der Bericht über die Berliner Konferenz, der in unserm Blatte gegeben wurde, sich nur auf eine Wiederabgabe der geschlossenen Verhandlungen beschränkte und daß in dem kurzen Nachsatz zu dem Berichte mit keinem Worte auf die Stellung des Leiters der Konsumvereine nochmals besonders eingegangen worden ist. Der öffentliche Kampf ist also nicht von unserer Seite eröffnet worden, sondern von der Genossenschaftsseite. Das wollen wir für alle Zukunft festhalten!

Das Nachtbrotverbot in den Geschäftsberichten der Genossenschaften.

Aus den uns bis jetzt vorliegenden Geschäftsberichten der Genossenschaften für das Berichtsjahr 1914/15 geht aus nachstehend die Bemerkungen wieder, die zu dem Nachtbrotverbot gemacht wurden sind. Der Lebensbedürfnis- und Produktionsverein in Freiburg i. Br. gibt die folgende Auskunft, das das Nachtbrotverbot ein dauerndes sein werde. Es heißt dort wörtlich:

„Eine weit größere Einschränkung im Vorkommen brachte die Verordnung vom 15. Januar 1915: Das Verbot der Nachtarbeit und die Verkürzung des Betriebes auf zwölf Stunden. Diese Maßregel kamente und nicht nur eine gewisse Zeit, sondern mit begriffen. Das Verbot macht möglich war, und um was die Geschäfte bei Nacht arbeiten können, wurde nicht, und wir hoffen, daß auch dieser Punkt nicht mehr eintritt.“

Der Bäckerverband in einem Nachweise und acht Stellen und die im Berichtsjahre einen Umsatz von 1.000.000 Mark erzielt, was ein Anzeichen für den Erfolg der Nachtarbeit ist. Diese Maßregel kamente und nicht nur eine gewisse Zeit, sondern mit begriffen. Das Verbot macht möglich war, und um was die Geschäfte bei Nacht arbeiten können, wurde nicht, und wir hoffen, daß auch dieser Punkt nicht mehr eintritt.“

Mitgliedern der Kampfführer und wider die Nachtarbeit innerhalb der Bäckereien recht lebhaft geführt wird. Einer Noth in der vorliegenden Tagespresse gegenüber...

Trotzdem der Beauftragte des Badischen Bäckereiverbandes Herr Wagner aus Wörzheim am 15. September im Anschluß des Internats in Berlin erklärt hat: Die Badischen Bäckereimeister sind Gegner der Nachtarbeit...

Nichtig ist allerdings leider, daß nur in zwei badischen Innungen eine Maßnahme für ein dauerndes Nachtarbeitsverbot vorhanden war. Es war die Kundgebung des "Lebensbedürfnisvereins" um so notwendiger.

Der Konsum- und Produktivverein Eisenberg und Umgebung schreibt: Vor dem Kriege wurde es nicht für möglich gehalten, in den Bäckereien ohne Nachtarbeit auszukommen. Aber wie in so manch andern Sachen...

Die Verordnungen über die Einschränkung des Betriebes sowie das vollständige Nachtarbeitsverbot brachten uns sehr viel technische Schwierigkeiten. Wenn dieselben heute noch nicht ganz überwunden sind...

Im Bericht des Konsumvereins Frankfurt a. M. und Umgebung - die Genossenschaft hat einen ganz bedeutenden Betrieb und sollte in ihrer im Berichtsjahre Waren im Werte von 1.887.328,47 Mk. - heißt es:

Um unsere frühere Brotproduktion nach der Beschränkung der Arbeitszeit von 24 auf 12 Stunden aufzuerhalten zu können, ließen wir, nachdem schon im Sommer 1914 zwei neue Oefen beschafft worden waren, sofort einen weiteren Ofen einbauen und niederen eine kleinere, modern eingerichtete Brotfabrik dazu, so daß uns 17 Doppelanlagen zur Verfügung standen...

Der Allgemeine Konsumverein zu Staunischweiler schreibt aus:

Über hatte uns aber das Nachtarbeitsverbot getroffen, was doch hierdurch eine rationelle Ausnutzung unserer Einrichtungen gewonnen, und weiter die Einschränkung der Produktion auf 75 pSt. Wir konnten hierdurch unsere Mitglieder nicht ganz mit Brot befriedigen...

Die angeführten Vereine haben sich alle dem Nachtarbeitsverbot alle ohne dauernden Schaden anpassen können; auch der Braunschwelger Verein gibt zu, daß trotz der anfänglich großen Schwierigkeiten nach der Ausschaltung von zwei weiteren Oefen den Anforderungen Rechnung getragen werden konnte.

Da die ganze Frage in letzter Zeit von Seiten des Verbandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine auf die Spitze getrieben wird, wollen wir bei dieser Gelegenheit auch noch einmal daran erinnern, daß eine der größten genossenschaftlichen Versäufnisse, die der "Produktion" in Hamburg, schon vor Monaten in ihrem Verkaufsbüchlein sagte:

In 12 statt wie bisher 24 Stunden wollen wir nunmehr das nötige Quantum Brot für den stark gestiegenen Konsum herstellen. Es gelang denn auch mit außerordentlicher Anspannung aller Kräfte und durch Zuhilfenahme der neu eingebauten Oefen, das gleiche Quantum Ware jetzt in einem Betriebe in 12 Stunden herzustellen wie verdem in 24 Stunden in zwei Betrieben.

Man sieht, in der Praxis sieht es mit dem Nam der Großbäckerei durch das Nachtarbeitsverbot doch ein wenig anders aus, als es sich behauptende Zerstörer am grünen Tisch ausmalen. Irrer ist freilich menschlich.

Genehmigungslagen in Hamburg-Altona-Wandsbek.

Gute Verhandlungen der hiesige Hamburg-Altona-Bezirksrat hat am 2. November in der Hauptsache mit der Frage der Feuerungslagen... Die Verhandlungen haben sich durch den Tod Müllers vermindert, letzterer aber nun zu dem Resultat, daß die Verhandlungen von Hamburg und Altona, das als getrenntes Marktgebiet, die Mindestpreise in den Tarifbüchern nur

M 2 zu erhöhen. Ausdrücklich sei aber zu bemerken, daß nicht nur die letzten Löhne erhöht werden sollen, sondern daß überall, wo bisher noch keine Zulagen oder nicht in der Höhe von M 2 gewährt wurden, die Löhne um M 2 erhöht werden müssen. Wesentlich sei ferner, daß mit der Frage korporativ anerkannt und mithin zwingendes Recht sei. Von der Wandsbeker Innung sind die geforderten 10 pSt. Zulage ohne Verhandlungen bewilligt worden...

Im großen ganzen entsprechen die Zulagen allerdings noch nicht der herrschenden Löhnerung, denn es ist alles weit mehr im Preise gestiegen, und Hamburg muß als eine der Städte bezeichnet werden, wo alles am höchsten im Preise ist, aber es ließ sich auf dem Wege der Verhandlungen gegenwärtig nicht mehr erreichen. Wo die Abmachungen nicht innegehalten werden, ist dem Bureau Mitteilung zu machen. Wenn nun aber auch die Verhandlungen nicht zu einem leidlichen Resultat führten, so muß leider gesagt werden, daß sie bei der Handelsgesellschaft "Produktion" scheiterten. Alle Sitzungen und Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Es wurde damit begründet, daß, was den Bäckereiarbeitern gezahlt werde, müßte auch den übrigen Beschäftigten gegeben werden, und die Genossenschaft müßte dann mit einer Belastung von 1.150.000, gleich einer Verminderung der Rückvergütung von 2 pSt. rechnen...

Der ablehnende Standpunkt der Vertretung der "Produktion" führte der Referent Lehmann weiter aus, dürfte wohl seinen Hauptgrund in dem bekannten Mundstreiten des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben, andererseits habe eine Konferenz von Genossenschaftlern in Hannover auch das übrig dazu getan. Welcher Seite heute unter den hiesigen Genossenschaftlern herrsche, beweise ja der bekannte rückschrittliche Standpunkt, den Dr. Müller in der Frage der dauernden Besetzung der Nachtarbeit einnimmt...

Es sei in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse noch zu betonen, daß in einer Anzahl Betriebe morgens schon vor 6 Uhr die Arbeit beginne. In Wandsbek sei in einzelnen Betrieben die Arbeit um 8 Uhr Sonntags schon beendet. Danach werde jeder ermessen können, wann dort die Arbeit beginne. Kollegen, die diesbezüglich bestritten würden, hätten es mit sich abzumachen. Rechtschutz könne unter diesen Umständen nicht bewilligt werden...

Über den Mitgliederstand berichtete Lehmann, zum Müller haben sich bis zum 1. Oktober 1191 Kollegen angemeldet. Hunderte dürften sich aber noch unter den Bestrichenen finden, die keine Zeit mehr zur Anmeldung erhalten haben, so daß man mit 1200 Gesprochenen nicht zu hoch greife. 60 Kollegen sind bisher als gefallen gemeldet. Das Zurückbluten früherer Bäcker zum Verur sowie die Rekrutierung von weiblichen Arbeitskräften würden uns weiter noch recht ernsthaft zu beschäftigen haben. Jezt gelte es, alles anzubieten, um alle Beschäftigten für die Organisation zu gewinnen.

In der Debatte beteiligten sich die Kollegen Probn, Gangfeld, Willich, Korum, Dooie und Friedrichs. Es wurde besonders die Frage angeworfen, weil Dr. Müller das Recht gegeben habe, im Namen der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine zu reden, daß er eine Annahme, nachdem das Angebot der Innungen und des Brotfabrikantenverbandes einstimmig gutgeheißen worden war, und Dr. Müllers Stellungnahme zur Nachtarbeit in folgender, ebenfalls einstimmig angenommener Entschließung ihre Beurteilung... Die Mitgliederversammlung der hiesige Hamburg-Altona-Bezirksrat hat am 2. November in der Hauptsache mit der Frage der Feuerungslagen...

gesetzlich verboten bleiben sollte, dagegen sollte es denjenigen Großbetrieben, die in Wechselzeit bis zum Verbot der Nachtarbeit arbeiteten, auch ferner gestattet sein, in ihren Betrieben Tag und Nacht arbeiten zu lassen.

Dr. Müller hätte sich sagen müssen, daß er mit solchem Verlangen die ganze Frage der dauernden Besetzung der Nachtarbeit in Bäckereien und Konditoreien in Gefahr brachte, denn die Sympathie der großen Masse der Bäckereimeister für die dauernde Besetzung der Nachtarbeit würde sofort in scharfe Gegenrichtung gegen diese wichtige Reform umgeschlagen sein, wenn das Gesetz auch nur einzelnen Betrieben die weitere Zulassung der Nachtarbeit gestatten würde.

Inwiefern nun diesen gemachten Fehler eingesehen, ging Dr. Müller dann ohne Grund dazu über, in seinem Bericht über diese Verhandlungen unsere Vertreter mit den Worten zu beschimpfen: "Freigewerkschaftliche, christliche, kirchliche, Dünkerische und gelbe Arbeiterorganisationen überboten die rückschrittlichsten Vertreter des zur Genüge bekannnten bäckereimeisterlichen Innungsstandpunktes bei der Befassung der von den Vertretern der Großbetriebe erhobenen Forderungen". Diese Beschimpfung unserer Vertreter und das weitere Vorgehen des Dr. Müller in dem von ihm hervorgerufenen Streit zeigt, daß dieser Mann neben dem Mangel an Sachkenntnis über das Geschäft verflügt, fortwährend um die Sache herumzugehen, was uns zum schärfsten Protest gegen seine Ausführungen Veranlassung geben muß.

Der Krankenkassenarzt als Galanter.

In der "Deutschen Medizinischen Presse" befaßte sich vor längerer Zeit Dr. Karl Gumpert (Berlin) mit der ärztlichen Tätigkeit bei den Krankenkassen. Derselbe befaßte sich bekanntlich in der Behandlung und Begutachtung. Dr. G. hat diese Materie auch in einem Vortrage im Verband hiesiger Kassenärzte in Berlin behandelt. Der Referent und Verfasser des unter obiger Überschrift in der "Deutschen Medizinischen Presse" veröffentlichten Vortrages mußte leider mehrfach darauf hinweisen, daß das schematische Verfahren und der fiktive Standpunkt, wie er von vielen Krankenkassen der Mitglieder gegenüber beliebt beziehungsweise eingenommen wird, vom ärztlichen Standpunkte aus zu mißbilligen sei. Da die Krankenkassenmitglieder auf dieser Frage lebhaft interessiert sind, kann auf den Vortrag des Dr. G. auch heute noch etwas näher eingegangen werden. Dies ist um so notwendiger, als leider eine Anzahl von Krankenkassen fortgesetzt zu sehr nach Schema F verfährt und der fiktive Standpunkt immer wieder zum Schaden der Mitglieder eine Rolle spielt. Man muß sich nun endlich auch in den Verwaltungen der Krankenkassen daran gewöhnen, nicht hinter jedem Kranken einen Simulant zu mittern. Wenn dann weiter im Gesetz höhere Leistungen vorgegeben sind, ist es Pflicht, dahin zu streben, daß sie auch eingeleitet werden. Auf alle Fälle ist aber dagegen Front zu machen, wenn einzelne Kassen sich um die Leistungen drücken wollen oder glauben, für den Kranken wäre das Billigste gut genug.

Zunächst meint Dr. G. auf den Jahrestag hin, eine Frage, die gerade auch unsere Berufsgenossen stark interessiert. Da derselbe so gut wie immer A. 25, also den höchsten der kleineren Gehalts übersteigt, so kann er im Rahmen der Regelleistung nicht gemährt werden. Selbst da, wo die Bezahlung die Mehrleistung zuläßt, verlangt sie, wie dies in Berlin zum Beispiel geschehen soll, daß der Jahrestag zunächst bei der Invalidenversicherung beantragt wird. Dies soll selbst da geschehen, wo der Jahrestag als Heilmittel zu betrachten ist und von ihm Besetzung von Verdünnungsleistungen erwartet wird. Dr. G. führt hier einen Fall an, wo er ein junges Mädchen behandelt hat, dem monatelang Krankengeld und Milch gemährt wurde, während der ganze Jahreslohn nur ungefähr M. 40 gekostet haben würde. Ein solches Verfahren ist nicht allein vom ärztlichen Standpunkte, sondern noch viel mehr von dem der Kassenmitglieder zu bedauern. In diesem Falle hebt dem Arzt kein Beschwerderecht gegen die Kasse zu, wohl aber dem Kassenmitgliede. Das Mitglied kann sich beschwerdeführend an das Versicherungsamt wenden. Überall, wo die Kassen allzu bürokratisch verfahren, empfiehlt sich ein solches Vorgehen, zumal das Versicherungsamt auch Fälle, in denen ihr freiwillige Leistungen angezweifelt erschienen, der Invalidenversicherung unterbreiten kann. Besonders beachten die Kassen die Ausführungen des Dr. G. und lassen es nicht so weit kommen, daß, wie dieser Arzt anregt, die Berufungskommission der Krankenkassen erst für die Ausgestaltung der Bezahlung Sorge tragen müssen, welche den Jahrestag überall und ohne Zutritt der Kasse übernehmen gestattet, wo er ein Heilmittel, nicht ein Schönheitsmittel darstellt. Wir bezeichnen es als selbstverständliche Pflicht unserer jetzt als Ausschuss beziehungsweise Vorstandsmitglieder der Krankenkassen gewählten Vertreter, hier das Nötige zu veranlassen und überall dafür einzutreten, daß größere Heil- sowie Hilfsmittel kategorisch zu gewähren sind, wo dies vom Arzt gewünscht wird.

Wie es nun weiter seitens der Krankenkassen nicht gemacht werden soll, dafür wird noch die Krankenbauangelegenheit mit angeführt. Soll es doch da Kassen geben, die den freiwilligen Mitgliedern Krankendausschüsse übertragen und die Krankengelder erst dann ausbezahlen, wenn innerhalb Monats der Kasse eingeholt. Der Recht wird der Verfasser hier die Frage auf, ob der Arzt etwa an Autorität verliere, wenn die Krankenkasse ihm lazen lasse, er möchte nur den Kranken so behandeln, für einen Leblohn würde sein Krankenhaus bezahlt. Wenn nun solche Missstände hier in Berlin vorkommen, wie wird es da erst in der Provinz aussehen. Doch hier Remedur geschaffen wird, dafür haben wir in den Krankenkassen tätigen Gewissen zu sorgen. Solche und ähnliche Klagen werden den Arbeitsschreibern auch recht wenig unangenehm. So kam von Schreiber dieser Zeilen kürzlich ein Kassenmitglied, von dem Arzt eine Krankengeldzahlung noch eine Woche Schonung verweigert war. Trotzdem der Kassenarzt Arbeitsunfähigkeit bescheinigte, verweigerte die Krankenkasse das Krankengeld, weil sie für Arbeitsunfähigkeit nichts zahlte. Daß die Kassen auch die Kurverze für Beweisdienste mit übernehmen, dafür ist ebenfalls einzutreten. Unter Berufung auf den Normalentwurf von 1908 kommt Dr. G. hier nach Aufhebung weiterer Schritte, wie Krankendausschüsse leider mancher verweigert wird, zu dem

Schlüsse, daß die Ärzte verlangen müßten, daß die Kranken-Heilpflege stets gewährt wird, wenn der Arzt es für die Gesundheit oder für die öffentliche Sicherheit für erforderlich erachtet.

Was nun der ertönten Bureaukrasimus nach anbetreffl. So geschiedener über die Krankenkassen die Hygiene voll Medizin natürlich möglichst die billigen oder die Schachtel voll Billigste verhalten sich aber desto verantwortlicher der Gewährung von Zuschüssen, Milch usw. gegenüber. Bei dieser Zeit von Stellen und Beschäftigten wird auf die Billigsten besonders Gewicht gelegt, für den Kranken darf die Sache zu nicht zuviel kosten. — Bezüglich der Begutachtung der Arbeitsunfähigkeit wird von Ärzten vielfach verlangt, sie möchten angeben, wann das Mitglied wieder erbeitsfähig sein wird. Der Arzt soll also hier den Eintritt der Arbeitsunfähigkeit am Vorken voranbringen können. Dieser ist es nicht demnach, so verlangt der Bureaukrasimus, daß der Kranke zum Vertrauensarzt wandert. Während man Zahlen vom Arzt verlangt, die Arbeitsunfähigkeit eventuell am Vorken voranbringen zu können, die Arbeitsunfähigkeit logisch für die laufende Woche zu beibringen. Gestreut werden dann auch die Fragen, die die Kassen bei den chronisch Kranken an den Arzt stellen, ferner die beim erstmaligen Arbeitsverlust. Unter Aufklärung der Stelle aus dem Dokument vom Hoch empfiehlt Dr. O. seinen Kollegen, die letzte Frage abzulehnen. Diese Frage habe übrigens der Arzt nicht zu entscheiden. Gewisse Hoch sagt über den „erfolglosen Arbeitsverlust“ folgendes: „Zur dem Gebiete der Krankenversicherung bedeutet Arbeitsunfähigkeit die auf Krankheit beruhende Unmöglichkeit des Beschäftigten, seinen Arbeit zu verrichten. ...“

Das ist für die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeitsleistung nach mehreren Verhältnisschwierigkeiten schon genügt, wenn der Versicherte eines Tages kein Erhalten hat, so ist es ganz richtig, wenn die Ärzte über die Frage des „erfolglosen Arbeitsverlusts“ nicht weiterreden sollen. Ganz richtig ist doch die über die Ärzte auch nur darum, welche Fälle zu wählen hat. Und dies müssen die Kassen schon schon unter sich ausmachen.

Verbandsnachrichten

Verammlung des Verbandsverbandes

Verbandsversammlung am die Frauen und Kinder der zum Kriegsdienst eingezogenen Verbandsmitglieder.

Verbandsrat und Verbandsrat haben sich am 10. Oktober im Hotel ...

Der Verein ... hat die Familien der eingezogenen Verbandsmitglieder ...

Der Verein ... hat die Familien der eingezogenen Verbandsmitglieder ...

Der Verein ... hat die Familien der eingezogenen Verbandsmitglieder ...

Der Verein ... hat die Familien der eingezogenen Verbandsmitglieder ...

gereichte Gesuche und Nachbewilligungen nicht geben kann. Die Zahlstellenvorstände werden dringend ersucht, dafür zu sorgen, daß dieser Beschluß den Familien der Kriegsteilnehmer rechtzeitig bekannt wird.

Die Weihnachtsbesuche soll unter folgenden Bedingungen zur Auszahlung kommen:

1. Die Frauen solcher Verbandsmitglieder, die bei ihrer Einziehung zum Kriegsdienst mindestens ein halbes Jahr dem Verbands angehört und mindestens für 26 Wochen ihre Verbandsbeiträge entrichtet hatten, erhalten eine einmalige Unterstützung von je M 3.

2. Frauen von im Auslande gefangenen oder internierten, in Gefangenschaft gefallenen, an ihren Wunden oder an Krankheiten im Kriege gestorbenen Verbandsmitgliedern werden in der gleichen Weise bedacht.

3. Die Kassierer der Zahlstellen bringen diese Beträge in der zweiten Hälfte des Monats Dezember auf Konten der Hauptkasse des Verbandes zur Auszahlung, und zwar gegen Unterschrift der Frauen auf dazu geeigneten Quittungsformularen, die Kassierer der Zahlstellen verrechnen die ausbezahlten Beträge mit dem Hauptkassierer bei der Einzahlung der Dezemberabrechnung.

4. Den Zahlstellen des Verbandes wird empfohlen, in der Zeit bis Mitte Dezember unter den in Arbeit stehenden Verbandsmitgliedern eine Sammlung zu veranstalten, deren Ertrag zum Teil dazu verwendet werden kann, in würdiger Weise für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer eine Weihnachtsfeier zu veranstalten, zum andern Teil kann das Erträgnis der Sammlung auch dazu verwendet werden, den Kindern der Kriegsteilnehmer bei dieser Feier ein kleines Geschenk zu überreichen. Die Weihnachtsfeier ist, wenn möglich, mit der Auszahlung der Weihnachtsbesuche zu verbinden.

Wir geben uns der Erwartung hin, daß alle unsere in Arbeit stehenden Mitglieder ihr Scherlein dazu beitragen, um den Familien der Kriegsteilnehmer in würdiger Weise eine kleine Weihnachtsfeier zu bereiten.

Die Listen zur Sammlung werden von den Zahlstellenleitern herausgegeben und zum Fichieren unter die Mitglieder gebracht.

Der Verbandsrat

J. H. S. Müller, Vorsitzender.

Der Verbandsrat

J. H. S. Müller, Vorsitzender.

Leistung

Beim 1. bis zum 6. November gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für Oktober: Hamburg M 32,67, Magdeburg 57,59, Berlin 7,90, ...

Von Einzelpahlern der Hauptkasse: G. ...

Der Hauptkassierer: U. Freitag

Von Kollegen aus dem Felde für Unterstützungszwecke: In die Zahlstelle Hamburg-Altona von der ...

Sterbetafel

Kriegsverluste des Verbandes

- Bezirk Hamburg-Altona: Wilhelm Hartmann, 57 Jahre alt, gefallen am 14. Juni bei ...

Ein Ehrenmitglied

Arbeiterbewegungen und Streiks

Bäcker

Der Allgemeine Konsumverein Halle a. d. S. zählt allen Beschäftigten, die einen Jahresverdienst unter M 1800 haben, monatlich eine Zulage von M 5.

Feuerungszulagen im Magdeburger Konsumverein: Die Angestellten des Konsumvereins für Magdeburg und Umgebung erhielten nach langen Verhandlungen am 27. September eine Feuerungszulage von je M 25.

Tabakbranche

Feuerungszulagen im Halle a. d. S.: Die Firma David Söhne H.G. gewährt den Arbeitern monatlich eine Feuerungszulage von M 10, den Arbeiterinnen die Hälfte.

Bei der Gelegenheit wollen wir bemerken, daß es sich bei der ersten genannten Firma um einen Betrieb handelt, der offenbar im letzten Geschäftsjahre recht erhebliche Gewinne erzielt und an der gewählten Zulage ganz gewiß nicht schwer zu tragen hat.

Die schwerste und deutlichste Form der Kapitalverwertung ist die Ausgabe von Gratifikanten. In dieser Hinsicht schreitet jetzt die Aktiengesellschaft David Söhne, Halle a. d. S., die die Herstellung und den Verkauf von Schokolade und Süßwaren betreibt.

Das ist für die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeitsleistung nach mehreren Verhältnisschwierigkeiten schon genügt, wenn der Versicherte eines Tages kein Erhalten hat, so ist es ganz richtig, wenn die Ärzte über die Frage des „erfolglosen Arbeitsverlusts“ nicht weiterreden sollen.

Polizei und Gerichte

Ein Braumacher vor Gericht: In Leipzig wurde kürzlich der Braumeister Moritz Gustav Wolf zu einem Monat Gefängnis und M 150 Geldstrafe verurteilt.

Korrespondenzen

Bäcker

Berndorf: Hier fand am 28. Oktober eine Betriebsversammlung statt, in der Kollege Wilhelm Magdeburg den Bericht über die Verhandlungen der Sachverständigen in Berlin gab.

Coburg-Zornberg: Unsere gemeinsame Versammlung, die am Oktober zum ersten Male in Reustadt stattfand, war gut besucht. Bezirksleiter Streblner referierte über: „Unter Gewerkschaftsarbeit“ und „Abkaffung der Nacharbeit in Bäckereien“.

bedeutung muß man über das Verhalten einiger Genossen...

Sonntag. In einer Versammlung am 4. November...

Magdeburg. Für den Bezirk Neuhald fand am Sonntag...

Heimkehr. Der furchtbare Vernichtungskrieg hat in...

Fabrikbrande.

Belgrad. Sehr schlechte Verhältnisse in Bezug auf die...

Aus Interachmetrika.

Bäcker.

Die Pfalz. Katholischer zum Nachtarbeitverbot. Der...

er veröffentlicht wurde, im organisierten Bäckergerber...

Die schlesischen Obermeister und die Tagarbeit. Die...

Internationales.

Bäckereiarbeiter in Paris fordern ein Nacht...

Dem Organ unserer schweizerischen Kollegen entnehmen...

Wir wollen noch einmal die Aufmerksamkeit der...

Seit dem 2. August 1914 wurde eine große Zahl der...

Trotz dem Ruhestagesgesetz erfreuen sich die Bäckerei...

Dazu muß noch beigefügt werden, daß die Installation...

Endlich zwingt die Nachtarbeit den Bäckereiarbeiter...

Die Bäckerpartei fragen sich mit Recht, ob die...

Und die Behörden bleiben sie weiterhin indifferent...

Somit „L'Humanité“. Von den Ausführungen der...

Adressenwechsel der Schweizer Bruder...

organisation. Es wird nochmals daran erinnert...

arbeiter der Schweiz (V. d. H. T. & L. A.). Das...

In Budapest Beseitigung der Nacht...

Sozialpolitisches.

Bei der Kriegsversicherungsfrage der Kasse für...

Mit der Hebernahme des Heilverfahrens durch...

Wenn der Berufsgenossenschaft in § 1513 der...

Eine andere Frage ist die, ob die Befragte der...

Allgemeine Rundschau.

Schütz der Alkohol vor Aufrechterhaltung? Der...

sehen müssen, die Einrichtung getroffen, daß in den Er-... die von den Truppen durchjagen werden, Leertüden...

Schon die Wasserpflanzen der Heeresverwaltung lassen die... Es ist eine wichtige Aufgabe...

Das Nachtbeschwerden im Kino ist die neueste Attraktion... die jetzt der Naturwelt geboren wird...

Die Wahlbewerber in Bayern und das Reichsrecht... Der bayerische König kam kürzlich durch München...

Was ist die Welt in ihrem Sinn? "Kaiserzeit" war die Antwort... Was der König dann meinte...

Das gute Kino in allen Lebenslagen... und nicht die äußere Welt als höchster Zweck...

geeignet sind. Im Anschluß hieran bemerkt der Bericht... der amtlichen Erzeugnisse...

Staatliches

Geschäftshandbuch für Gewerbetreibende. Ein praktisches... Handbuch für den Selbstunterricht und den Gebrauch...

Allgemein und vielgelesen sind die Bemühungen, auch... den Gewerbetreibenden und kleinen Geschäftsmann...

Das vorliegende Buch wird diesen Sätzeigenschaften in... grundsätzlicher Weise gerecht...

Was wird nach dem Kriege? Im Verlage der... Internationalen Korrespondenz (H. Baumeister), Berlin...

Zwei entgegengesetzte Tendenzen sind unabänderlich der... Krieg nach in der deutschen Industriewirtschaft hervorbringen...

Welche Selbstbestimmungen sind wert, daß sie viel gelesen... werden. Der billige Preis von 10 Pf. ermöglicht auch Massen...

Zehnminuten zum Weltkrieg. Herausgegeben von G. F. ... Berlin SW 68. Suchen Sie seit 12. Das...

Das Buch enthält die Reden, welche die festliche... Rede über die dem Kriegsausbruch vorhergegangenen...

Im Verlage der Kriegsbücher ist die Kenntnis dieser... Reden erforderlich.

Schreiben der Redaktion

Als die Kollegen im Jahre, die in der letzten Woche... der Redaktion diese, unsere Antwortgeschicke...

Spätestens am 13. November
ist der 47. Wochenbeitrag für 1915
(14. bis 20. November) fällig.

Mitglieder bzw. öffentliche Versammlungen.
(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe... auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 14. November:
Offen a. d. N.: Vorm. 10 Uhr, "Messen", Kettwiger... Straße - Coburg-Gruppe: 2½ Uhr in der "Bavaria",...

— Anzeigen —
Nachruf.
Als Opfer des Weltkrieges gefallen sind unsere...
Hermann Noe
(Zahlstelle Delsenkirchen)
Borlinghaus
(Zahlstelle Hagen-Schwerte).
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.
[M. 4,50] **Bezirk Essen.**

Nachruf.
In der Nacht vom 1. zum 2. November starb im...
Hugo Gollhardt
aus Lumbach, an den Folgen des Weltkrieges. Wir...
[M. 3,90] **Zahlstelle Gotha.**

Nachruf.
Wiederum beklagen wir zwei brave und treue...
Josef Ender
32 Jahre alt, gefallen im September in Russland.
Jacob Schneider
26 Jahre alt, gefallen am 11. Oktober in Russland.
[M. 4,50] **Die Zahlstelle Remscheid.**

Nachruf.
Als Opfer des Weltkrieges fiel in der Nacht vom...
Hermann Oppelt.
Er war immer ein eifriger Kämpfer der Partei...
[M. 4,20] **Die Kollegen der Zahlstelle Wetzlar-Giessen.**

Annahmestellen der Saker-Jahres-Annung
in Berlin.
Donnerstag, den 25. November, abends 7½ Uhr:
Ausführung
in den "Germania-Sälen" in Berlin, Chausseestraße 110.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, 2. Be...
[M. 9,50] **Der Vorstand.**
W. Hahn, Vorsitzender, Berlin, Jwingliffstr. 12.

Motor 1 PS. 1600 Touren, mit Au...
G. Meyer, Altona (Wibe), Cellers Allee 14.

Nürnberg Bäckerei- und Konditorgehilfen
Hans Berntz, Schneidemeister, Heugasse 2, I. Et.

Straßenkassentilgung.
Haben Sie ein Kassentilgung...
[M. 4,50]

**Das neue Buch über die Tätigkeit der...
[M. 4,50]**